

Programmcheck der Parteien



MARKT- UND WETTBEWERBSRECHT

Halten Sie es für nötig, der Konzentration von Nachfragemacht des Lebensmitteleinzelhandels und großer Verarbeitungsunternehmen in der Lebensmittelkette entgegenzutreten? Wie kann eine Stärkung der Position der landwirtschaftlichen Erzeuger erreicht werden?



DIE GRÜNEN

As unserer Sicht besteht im Lebensmittelmarkt mit der Dominanz von vier großen Supermarktketten und großen Verarbeitungsunternehmen eine problematische Marktkonzentration, die zu weniger Auswahl für Verbraucher*innen und mehr Preisdruck auf Lebensmittelproduzent*innen und Landwirt*innen führt. Daher haben wir GRÜNE die gesetzliche Regulierung der Lieferbeziehungen durch die europäische Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette begrüßt. Wir halten jedoch noch weitere Maßnahmen wie die Schwärzung der gesamten „Grauen Liste“ sowie die Einführung einer Generalklausel gegen jegliches unfaires Handeln für erforderlich. Außerdem werden wir prüfen, wie der Verkauf von Lebensmitteln unterhalb der Produktionskosten unterbunden werden kann. Den Zusammenschluss von Erzeugergemeinschaften wollen wir erleichtern, damit diese gegenüber dem Handel mit gebündelten Kräften auftreten können.



SPD

Ja, die Erzeuger müssen gestärkt werden. Um die Marktmacht der großen Konzerne im Einzelhandel zu begrenzen und unlauteren Vertragsbedingungen entgegenzutreten, haben wir in der Bundesregierung mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie in nationales Recht eine Reihe von unfairen Handelspraktiken verboten. Zudem haben wir als SPD die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für mehr Fairness in der Lebensmittelkette durchgesetzt. An sie werden sich alle anonym wenden können, die von unfairen Verträgen und Dumpingpreisen betroffen sind. Die Beobachtungen der Ombudsstelle zu Geschäftsgebaren und Preisentwicklung sollen zur Verbesserung der rechtlichen Regelungen beitragen.

CDU CSU

CDU/CSU

Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Wir wollen eine faire Lieferkette mit Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Handel fördern. Mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie haben wir unfaire Handelspraktiken, wie kurzfristige Stornierungen, erzwungene Rabatte usw., verboten. Die Entwicklung werden wir intensiv begleiten und – wenn nötig – weiter regulierend eingreifen. Den in den letzten Monaten intensivierten Dialog zwischen Landwirtschaft und Handel, der etwa zur zentralen Koordinierungsstelle Handel/Landwirtschaft geführt hat, sehen wir als wichtigen Baustein eines Systems zur stärkeren Beteiligung der Landwirte an der Wertschöpfung, welchen wir kartellrechtlich absichern wollen. Zusammen mit der Branche wollen wir eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den Weg bringen, die für heimische regionale Produkte wirbt und die Stellung der Landwirte stärkt. Bei der Entwicklung des ländlichen Raums werden wir regionale Kreisläufe stärken.





AFD

Die AfD sieht die Probleme der Marktkonzentration des Lebensmitteleinzelhandels und setzt sich für eine Stärkung der landwirtschaftlichen Produzenten ein. Allerdings braucht es für weitere Lösungen einen einheitlichen Kurs unter den Landwirten. Diesen Dialogprozess begleiten wir gerne und stehen einvernehmlichen Lösungen zwischen dem Lebensmitteleinzelhandel und den Landwirten offen gegenüber, um fairere Vertragsgestaltungen im beiderseitigen Interesse zu ermöglichen.

DIE LINKE.

DIE LINKE

Die LINKE will die wachsende Konzentration beenden. Wenn 13 % der Bruttowertschöpfung durch Lebensmittel bei den Erzeugern landen und die restlichen 86 % von Tönnies, Aldi & Co. abgeschöpft werden, ist das System weder fair noch leistungsfähig. Es werden nur Monoporenten abgeschöpft, während VerbraucherInnen, Beschäftigte und Erzeuger geschöpft werden und die öffentliche Hand für die Schäden zur Kasse gebeten wird. Wir wollen ein Kartell- und Wettbewerbsrecht mit sozial-ökologischer Zielsetzung und eine Entflechtung. Wir wollen u. a. ein Verbot unlauterer Handelspraktiken (Generalklausel), Beschwerdemöglichkeit auch für NGOs, Nicht-EU-Lieferanten sowie Gewerkschaften; eine unabhängige Behörde mit weitgehenden Ermittlungs-/Kontrollkompetenzen und Preisbeobachtungsstelle wie in Frankreich und Spanien sowie eine Ombudsstelle. Parallel wollen wir die Finanzflüsse im Agrarbereich ganz neu organisieren und den Erzeugern eine Perspektive bieten.



FDP

Wir Freie Demokraten machen uns für die marktwirtschaftliche Preisbildung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel stark. Die Regelungen gegen Marktmissbrauch wollen wir konsequenter umsetzen. Wo auch immer sich Marktmacht einseitig konzentriert, schadet dies dem fairen Wettbewerb. Wir wollen die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaft und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken. Langfristig werden die deutschen Landwirte nur von verbesserten Einkommen profitieren, wenn die Politik für ein Level-Playing-Field in sämtlichen Rechtsbereichen der Lebensmittelerzeugung auf europäischer Ebene sorgt, von nationalen Alleingängen absieht und die Einhaltung geltenden Rechts gewährleistet.

Foto: Eisenhans/AdobeStock.com